

Der Reichsführer-<sup>44</sup>  
und Chef der Deutschen Polizei  
Der Chef der Sicherheitspolizei

III

Lageberichterstattung



Berlin SW. 68, den 11.10.1939.  
Wilhelmstr. 102.

PERSÖNLICH - SOFORT VORLEGEN!

Vorliegender Bericht ist nur persönlich für den Adressaten bestimmt und enthält Nachrichtenmaterial, das der Aktualität wegen unüberprüft übersandt wird.

Bericht zur innenpolitischen Lage.

I. Allgemeine Stimmung und Lage.

Die allgemeine Spannung auf die Stellungnahme der Westmächte zur Führerrede führte in den letzten Tagen dazu, daß sich in einer besonders auffallenden Weise zahlreiche Gerüchte bildeten, die vielfach durch ausländische Lügennachrichten veranlaßt wurden. Gestern vormittag tauchte insbesondere fast schlagartig in allen Teilen des Reiches das Gerücht auf, die englische Regierung und der englische König hätten abgedankt, und es sei ein Waffenstillstand abgeschlossen worden. In verschiedenen Betrieben führte die Mitteilung dieses Gerüchtes zu längeren Arbeitspausen, da die Belegschaften sich über die angeblich neue Lage unterhielten. In Berlin kam esstellenweise auf Straßen und Plätzen zu freudigen Kundgebungen von Menschen, welche die Nachricht für wahr hielten. Auf einem Wochenmarkt im Berliner Bezirk Prenzlauer Berg verweigerten die Käufer weitere Eintragungen in die Kundenlisten mit dem Bemerkern, daß das nunmehr nach dem Kriegsende überflüssig sei. Auch in der Berliner Universität wurde am Schluß einer großen Nachmittagsvorlesung das Gerücht als Tatsache bekanntgegeben. Die Mitteilung veranlaßte die Studenten zu Begeisterungskundgebungen und sie wurde nach der Vorlesung sehr schnell in Universitätskreisen weiterverbreitet. Auf dem Berliner Vorortbahnhof ~~neiner~~ <sup>der</sup> S-Bahnhof durchkommende Truppentransporte wurden <sup>v</sup> der Bevölkerung mit den Worten begrüßt: "Ihr könnt nach ~~ne~~ fahren, der Krieg ist aus!" An der Berliner Börse führte die Gerüchte zu einer starken Nachfrage in Reichsanleihen, erst durch die gestern gegen Mittag durch die Sondermeldung des deutschen Rundfunks erfolgende Widerlegung der Gerüchte, die deren Verbreitung ein Ende gesetzt. Das Dementi hatte <sup>fest</sup> eine tiefere Niedergeschlagenheit derjenigen, <sup>die</sup> jungen geglaubt hatten, der durch das Gerücht verbreiteten Beh

zur Folge.- Die Verbreitung des Gerüchtes über das ganze Reichsgebiet wurde noch dadurch beschleunigt, daß Postdienststellen sich untereinander in Telegrammen und Anrufen die Nachricht durchgaben. So teilte ein Telegraphenbeamter des Telegraphenhauptpostamtes Berlin gegen 10.30 Uhr im Anschluß an die Durchgabe eines Telegrammes das Gerücht im Wortlaut als eine den Tatsachen entsprechende Meldung einem Beamten des Telegraphenamtes in Reichenberg mit. Von Beamten des Reichenberger Telegraphenamtes wurde die Meldung an verschiedene Postämter weitergegeben. Von den Postämtern Reichenberg und Rumburg verbreitete sich die Nachricht bei verschiedenen Kreisleitungen der Partei und Behördendienststellen weiter. Von der Bevölkerung Reichenbergs und Rumburgs wurde sie daher als Wahrheit angenommen. In ähnlicher Weise wurde das Gerücht von den Post- und Telegraphenämtern in Idar-Oberstein, Baden-Baden und Graz empfangen und verbreitet. Eine entsprechende Nachrichtenvermittlung unter Beamten verschiedener Dienstorte wurde in letzter Zeit auch innerhalb der Eisenbahnverwaltung festgestellt. Es erscheint daher notwendig, die Benutzung amtlicher Nachrichtenmittel zur privaten Verständigung der Beamten verschiedener Dienstorte genauer zu kontrollieren. bzw. zu regeln.

Die Entstehung der Gerüchte von einem Rücktritt der englischen Regierung und von einem Waffenstillstand wurden teilweise durch die Kombinationen gefördert, die im Zusammenhang mit den Vorbereitungen zur Eröffnung des Kriegs-Winterhilfswerkes getroffen wurden. Insbesondere wirkte es sich aus, daß stellenweise die Nachricht, der Führer werde am Nachmittag sprechen, sich schon vor der offiziellen Bekanntmachung herumsprach. Daraufhin wurde vielfach angenommen, daß der Führer in seiner Rede die angebl. neue politische Lage behandeln werde. Da der Termin zur Führerrede erst um 14.20 Uhr durch den Rundfunk der Bevölkerung bekanntgegeben wurde, konnten die Mittagsblätter die Meldung nicht wiedergeben. Die Rede wurde daher nur von einem Teil der Bevölkerung angehört, und in Berlin fanden sich an den Zufahrtstraßen zum Sportpalast nur wenige Menschen ein, die den Führer begeistert begrüßten.

## II. Gegner.

In den letzten 3 Tagen mußten 173 Personen wegen Vergehens gegen das Heimtückegegesetz und sonstigen staatsfeindlichen Verhaltens (Abhören ausländischer Sender, Vergehen gegen das Luftschutzgesetz, Verbreitung von Greuelnachrichten usw.) festgenommen werden.

Die marxistischen Organisationen verstärkten ihre Tätigkeit wieder. So wurden in Berlin marxistische Flugblätter verteilt, die die Unterschrift "Freiheitliche Schauspieler Berlins" tragen. In Schneidemühl wurde eine aus Schweden stammende marxistische Hetzschrift verteilt, die sich mit der durch den deutsch=russischen Vertrag geschaffenen Lage beschäftigt.- In Kreisen der ehemaligen Kommunisten erwartet man noch immer ein Sonderabkommen mit Rußland, das die Amnestie aller wegen kommunistischer Betätigung bestrafter Personen enthalten soll.- Aus dem Protektorat wurden marxistische Flugblätter ins Reich geschickt. Im gesamten Reichsgebiet mußten in den letzten 3 Tagen 36 Personen wegen marxistischer Betätigung festgenommen werden.

### III. Kulturelle Gebiete.

Im besetzten polnischen Raum ist die Frage besonders akut geworden: Wer ist Volksdeutscher? Unter den Polen macht sich, namentlich in den volkstumsmäßig gemischten Gebieten, das Bestreben deutlich, sich irgendwie als Volksdeutscher auszugeben. Die Polen haben damit schon einen beachtlichen Erfolg erzielt. Nach Ansicht der volksdeutschen Kreise sind z.B. in Posen höchstens 4500 Volksdeutsche vorhanden. Von den verschiedenen eingerichteten Verwaltungsstellen sind aber bereits bis zum 8. Oktober mehr als 30 000 Bestätigungs-ausweise für Volksdeutsche ausgegeben worden. Von den Verwaltungsstellen wird eine schnelle Begriffsklärung als unerlässlich empfunden. Aus der Arbeitspraxis haben sich bis jetzt folgende Gesichtspunkte herausgebildet: Als Volksdeutscher kann gelten, wer seine deutsche Abstammung nachweisen kann; außerdem aber sich vor Beginn der Kriegshandlungen zum Deutschtum bekannt hat. Mit diesen beiden Gesichtspunkten sei aber noch nicht auszukommen, sondern es müsse noch die Möglichkeit geben, daß derjenige als Volksdeutscher gelten kann, den die örtlich ansässige deutsche Volksgruppe in ihre Gemeinschaft aufzunehmen bereit ist oder wünscht. - Eine ähnliche Unklarheit wird aus den Sammellagern der volks-deutschen Flüchtlinge aus Polen gemeldet. In Ostpreußen seien z.B. noch in diesen Flüchtlingslagern zu Hunderten eindeutige Nationalpolen. Im Kreis Lüneburg werden die volks-deutschen Flüchtlinge aus Polen durch Beauftragte der Partei und des VDA beobachtet und auf Grund dieser Beobachtungen Ausweise ausgestellt. Aus Schlesien wird mitgeteilt, daß sich andererseits in den polnischen Gefangenengelagern noch zahlreiche Volksdeutsche befinden. Es werden Richtlinien erwartet, nach denen diese Personen aus den Gefangenengelagern entlassen werden können. Im Lager Niederschlesien sei diesen z.B. noch verboten, an ihre Angehörigen zu schreiben. Im Inland wird weiter die Aktion durchgeführt, sämtliche Volksdeutsche über den VDA zu erfassen und sie mit Volkszu-gehörigkeitszeugnissen zu versehen. Diese Zeugnisse sollen als Ausweise gegenüber Arbeitsämtern und sonstigen Amtsstellen dienen. Aus Leipzig wird mitgeteilt, daß aber solche Volksdeutschen selbst mit diesen Ausweisen in den Arbeits-

prozeß nicht eingestellt wurden, da sie fremde Staatsangehörige seien (Die Volksdeutsche Mittelstelle ist unterrichtet worden).

Die im Reichsgebiet lebenden Minderheiten verhalten sich im allgemeinen ruhig und zurückhaltend. Unter den Slowenen sind lediglich die nationalslowenischen Pfarrer Stützpunkte des Widerstandes. Die Tschechen in Wien verfolgen gegenwärtig die Taktik, in möglichst enge Verbindung mit Prag zu kommen. Im Protektorat selbst wird z.Zt. unter den Tschechen die Führerrede besonders viel diskutiert. Aus der Rede wird der Schluß gezogen, daß unter Umständen auch die Tschechen zur Umsiedlung gezwungen werden könnten. Weite Kreise sind bereits von einer Stimmungsmache erfaßt, sich gegen eine solche Maßnahme mit allen Mitteln zu sträuben. Man sagt z.B., das tschechische Volk müsse mit Aufbringung aller Kräfte dazu erzogen werden, sich lieber erschlagen zu lassen, als seinen Grund und Boden den Deutschen auszuliefern. Man beschäftigt sich mit dem Gedanken der Schaffung einer nicht offiziellen Abwehrorganisation, die alle Nachrichten über Bodenbesitzveränderungen sammeln soll und durch Bildung entsprechender Fonds dafür zu sorgen habe, daß der bisherige tschechische Bodenbesitz nicht vermindert wird.

Bei den einzelnen Dienststellen des Reiches, die sich mit kultureller Auslandspropaganda befassen, ist es im Laufe der letzten Wochen aufgefallen, daß unabhängig voneinander die verschiedensten Propagandaaktionen nebeneinander herlaufen. Mit einer solchen Propaganda befassen sich neben den zuständigen Reichsbehörden z.B. der VDA, das Auslandsamt der Dozentenschaft, die Kongreßzentrale, das Auslandsamt der Studentenschaft, der deutsch-akademische Austauschdienst, das Auslandsinstitut in Stuttgart, der Werberat der deutschen Wirtschaft usw., und außerdem haben verschiedene Zeitungen um die Nennung ausländischer Adressen in ihren Abonnentenkreisen geworben. Eine planvolle Abstimmung dieser Propagandaarbeit aufeinander und eine Abgrenzung der Zuständigkeiten von höherer Stelle aus wird von den beteiligten Kreisen selbst für notwendig empfunden.

Bezüglich des kulturellen Veranstaltungswesens wird nach wie vor aus dem ganzen Reichsgebiet über einen außerordentlich starken Besuch der Lichtspielhäuser berichtet. Neben den Wochenschauen, die als eines der stärksten propagandistischen Führungsmittel empfunden werden, wird unter den Spielfilmen vor allem der Robert Koch-Film besonders positiv aufgenommen. Wie sehr von der Landbevölkerung politische Filmvorführungen begrüßt werden, zeigt ein Beispiel aus den Landgemeinden um Innsbruck. Dort kamen zwei Wehrmachtsfilme und ein Lichtbildervortrag "Das ist Polen" zur Vorführung. Der Andrang war so groß, daß der Vortrag, der von 20 bis 22 Uhr dauerte, sofort von 22.15 bis 24 Uhr wiederholt werden mußte, wobei die Bauern inzwischen vor den Vorführungsstätten geduldig warteten. Diese Wirkungsmöglichkeit würde auch in der Hand der Partei auf dem Lande sehr stark dazu beitragen, den zur Zeit vordringenden Einfluß der Geistlichkeit zu mindern. Der Einfluß der Geistlichen wurde bisher insbesondere dadurch verstärkt, daß die Geistlichkeit oft die Stelle war, die in den Familien die Todeskunde über gefallene Väter, Söhne, Brüder u. dergl. überbrachte, Trost spendete usw.

Die amtliche Presse findet eine gute Aufnahme. Die Auflageziffern können sich, im ganzen gesehen, halten. In einzelnen Teilen des Gau Salzburg ist die NS-Frauenschaft dazu übergegangen, die Bauern unentgeltlich mit Zeitungen zu versorgen, indem sie die in Gast- und Privathäusern täglich abgelegten Zeitungen sammelten und über die Schulkinder unter die bäuerliche Bevölkerung zur Verteilung brachten. - Verschiedentlich wurde der Wunsch laut, in der Presse weitere Feldpostbriefe zum Abdruck zu bringen. - Sowohl die über den Rundfunk gegebene Ausländische Presseschau als die Abendsendungen "Die Feldpost" werden im Reichsgebiet sehr positiv besprochen.

#### IV. Verwaltung und Recht.

In der Justizverwaltung bestehen den bisher eingegangenen Nachrichten zufolge in personeller Hinsicht keine besonderen Schwierigkeiten. Durch die Vereinfachungsverordnungen sei eine große Beschränkung an sachlichen Vorgängen erreicht und eine derartige Einsparung an Personal ermöglicht worden, dass die vorhandenen Kräfte durchweg ausreichten, um die anfallenden Sachen zu erledigen. Nach den vorliegenden Meldungen ist es lediglich bei den Sondergerichten und den Amtsgerichten teilweise zu einer erheblichen Überlastung gekommen. Bezuglich der Sondergerichte beruht dies darauf, dass die Staatsanwaltschaften im Interesse einer schnellen Aburteilung von der ihnen gegebenen Möglichkeit, bei Verbrechen und Vergehen, die an sich zur Zuständigkeit des Schwurgerichts oder eines niedrigeren Gerichts gehören, die Anklage vor dem Sondergericht zu erheben, starken Gebrauch machen. Die Zahl der Sondergerichte, die bisher jeweils für den Bezirk eines Oberlandgerichts gebildet waren, wird jetzt jedoch erheblich vergrössert. Auf Grund der Verordnung über Maßnahmen auf dem Gebiet der Gerichtsverfassung pp. können nämlich durch Verfügung des Reichsministers der Justiz auch für die Bezirke der Landgerichte Sondergerichte errichtet werden. Hinsichtlich der Amtsgerichte liegt die teilweise festgestellte Überlastung in der erheblichen Erweiterung der Zuständigkeit, so-wohl auf dem Gebiet der Strafrechtspflege als auch der bürgerlichen Rechtspflege begründet. Im übrigen sollen die Lücken, die durch Einsatz von Beamten im besetzten Gebiet in der Justizverwaltung entstanden sind, soweit es möglich ist, durch freigewordene Kräfte aus dem Westen gedeckt werden.

In Kreisen der aus den Freimachungsgebieten Rückgeführten werden Erörterungen darüber angestellt, ob sie für ihre Wohnungen, die im Freimachungsgebiet liegen, für die Dauer ihrer Abwesenheit die Miete zu zahlen haben. Es wird dabei vielfach der zutreffende Standpunkt vertreten, dass eine Weiterzahlung wegen nicht zu vertretender Unmöglichkeit nach § 323 des BGB nicht in Frage kommen könne. Es würde in den betroffenen Kreisen jedoch begrüßt werden, wenn eine diesbezügliche zentrale Entscheidung ergehen würde.

Zu dem Gnadenerlass des Führers für die Zivilbevölkerung wird berichtet, es werde vielfach nicht verstanden, dass auch die Strafen unter die Amnestie fallen, die wegen Übefschreitung der Höchstpreise verhängt worden seien. Es sei zu befürchten, dass als Folge hiervon die in Frage stehenden Kreise auch in der gegenwärtigen Lage vor Preisüberschreitungen nicht zurückschrecken würden.

### Räumung der Westgrenze.

Nachdem sich in den Bergungsgauen herausgestellt hatte, dass die Flüchtlinge aus dem Westen nicht genügend Sachen (Winterkleidung, Arbeitskleidung und sonstige Gerätschaften) mitgebracht hatten, setzte aus fast allen Bergungsgauen eine Rückwanderung in die geräumten Gebiete des Westens ein. Zum Teil wurde die Rückwanderung von Parteidienststellen und Behörden durch Einsatz von Eisenbahn- und Kraftwagentransporten organisiert, zum Teil sind die Flüchtlinge auch unorganisiert in die verlassenen Gebiete zurückgekehrt. Die Rückkehr der Flüchtlinge in ihre Heimatorte brachte verschiedene Mißstände mit sich. Teilweise besuchten Flüchtlinge auch fremde Wohnungen. Dadurch kam es zu Diebstählen und Sachbeschädigungen in Wohnungen, deren Inhaber nicht anwesend waren. Viele Flüchtlinge weigerten sich, in die Bergungsgaue zurückzukehren. Ausserdem wurden die Maßnahmen der Wehrmacht durch die in den Orten herumlaufende Zivilbevölkerung erheblich gestört. Durch diese Umstände sahen sich die Militärbehörden gezwungen, in verschiedenen Gebieten das Betreten der Orte allgemein zu verbieten. Die aus den Bergungsgebieten angekommenen Flüchtlinge waren über diese Anordnung stark empört; in Dudweiler vor dem Rathaus kam es sogar zu Ansammlungen erregter Flüchtlinge. Diese beruhigten sich erst nach einer vom Kreisleiter der NSDAP in Saarbrücken gegebenen Aufklärung.

In verschiedenen Gebieten wird die Aufteilung der Evakuierten für ungleichmäßig und allzu schematisch angesehen. Vor allem wird über die unterschiedliche Verteilung der notwendigen Lebensgüter geklagt. Es wird angeregt, von den Gebieten, in denen sich keine Flüchtlinge befinden, einen Teil der Kontingente an Verbrauchsgütern den Bergungsgebieten zum Ausgleich zuzuweisen. Darüber hinaus wird geltend gemacht, dass die Finanzkraft der einzelnen Kreise bei der Aufstellung der Bergungspläne nicht genügend berücksichtigt worden sei.

Während die Evakuierten die Transportmittel ausserordentlich zum Nachholen ihres Privateigentums in Anspruch nehmen, soll es z.B. in Saarbrücken für die Wehrmacht sehr schwer sein, die vorhandenen wertvollen Rohstoffe usw. zurückzuführen, die für die Kriegsführung wichtiger sind als das einzelne Privatgut.

Die Einsetzung einer verantwortlichen Persönlichkeit mit der entsprechenden Totalvollmacht wird als notwendig erachtet.

Zur Zeit teilt sich die Unterbringung der Evakuierten folgendermassen auf:

I. Räumungsgaue:

1) Gau Baden	118 433
2) Gau Koblenz-Trier	27 112
3) Gau Köln-Aachen	-- (bisher nicht geräumt)
4) Gau Saarpfalz	401 781
5) Stadt Wilhelmshaven	10 000 (mutmassl. 20 000 weitere Rückgeführt, Verbleib unbekannt)
6) Räumungsgaue unbekannt	14 012

II. Bergungsgaue:

1) Gau Baden	mit 32 500
2) Gau Bayerische Ostmark	" 42 528
3) Gau Essen	" 806
4) Gau Franken (nur vorübergehend)	" 3 440
5) Gau Halle Merseburg	" 12 966
6) Gau Hessen-Nassau	" 6 000
7) Gau Kurhessen	" 72 691
8) Gau Mark Brandenburg	" 650
9) Gau Magdeburg-Anhalt	" 56 150
10) Gau Mainfranken	" 53 220
11) Gau Mecklenburg	" 4 158
12) Gau München	" 5 292
13) Gau Sachsen	" 1 300
14) Gau Schwaben	" 1 105
15) Gau Südhannover-Braunschweig	" 51 442
16) Gau Thüringen	" 125 648
17) Gau Weser-Ems	" 10 000
18) Gau Westfalen-Nord	" 4 396
19) Gau Westfalen-Süd	" 2 218
20) Gau Württemberg-Hohenzollern (Bergung) (Sammlung)	" 6 500 " 78 328
	571 338

III. Versprengte befinden sich in den Gauen:

1) Gau Berlin	646	
2) Gau Osthannover	700	
3) Gau Salzburg	150	
4) Gau Sudetenland	<u>400</u>	<u>1 896</u>
		573 234

V. Wirtschaft.

Auf dem Gebiete der Wirtschaft stehen hinsichtlich der stim= mungsmäßigen Auswirkung die auffallend zahlreich eingegangenen Meldungen über die Handhabung der Verordnung über die Gewährung von Sonderzulagen für Schwer- und Schwerstarbeiter im Vorder= grund.

Geklagt wird vor allem darüber, daß bei der Abgrenzung der Be= griffe sich diejenigen benachteiligt fühlen, die nicht mehr in die Liste der Schwerarbeiter aufgenommen wurden, obwohl sie eine engverwandte Tätigkeit mit einem Teil der zum Kreis der Schwerarbeiter gehörenden Beschäftigten haben. So beklagen sich die Lockführer von Feldbahnen, daß sie nicht zu den Schwerar= beitern gezählt werden, während es für Lockführer auf Normal= spurbahnen geschieht. Die entstandene Mißstimmung ist durch vereinzelte Pressemeldungen verschärft worden, die vor und nach der Veröffentlichung der Verordnung falsche Angaben über die zum Kreis der Schwer- und Schwerstarbeiter gehörenden Be= schäftigten brachten. Neben der Kritik an der Einteilung - z. B. werden im Bauhandwerk Abbrucharbeiter und Einschaler, nicht aber Gerüstbauer und Zimmerer zu den Schwerarbeitern gezählt - wird in den betroffenen Arbeiterkreisen die Frage aufgewor= fen, warum nicht die Dauer der Beschäftigungszeit in gleicher Weise wie die Beschäftigungsart in Rechnung gestellt worden sei. Es wird darauf hingewiesen, daß Arbeiter, die regelmäßig Überstunden leisten und evtl. einen langen Anmarschweg haben, die Schwerarbeiterzulage brauchen, da sie ihre Hauptmahlzeit in Form von Brot einnehmen müßten und daher einen größeren Bedarf an Brot und Aufstrich haben als der normale Verbraucher. Diese Einwände werden noch betont durch den Hinweis darauf, daß es vielerorts keine Werkkantinen gibt und daß die beste= henden Kantinen Verpflegung nur gegen Lebensmittelkarten abge= ben.

Über diese grundsätzlichen Einwendungen hinaus sind eine ganze Reihe von Klagen über die Durchführung der Verordnung laut geworden. Diese Klagen beziehen sich vor allem auf die unter=

schiedliche Handhabung, indem die Bestimmungen z.T. zu eng=herzig, in Einzelfällen aber auch wieder sehr weitherzig ausgelegt werden. So wird aus der Land- und Forstwirtschaft bekannt, daß die Waldarbeiter im Spessart - in der Verordnung gelten sie als Schwerarbeiter - sich scharf gegen ihre Ablehnung als Schwerarbeiter wenden. Umgekehrt hat das Provinzial-Ernährungsamt in Hamburg die Landarbeiter als Schwerarbeiter anerkannt, obwohl sie in der Liste nicht als solche aufgeführt sind. Ebenso uneinheitlich ist die Durchführung in der Eisen- und Metallindustrie, aus der Klagen aus verschiedenen Städten des Reiches kommen. Dabei ist es in Einzelfällen zur Aufforderung von Arbeitsverweigerung gekommen (Staatspolizei hat Ermittlungen angestellt). Aus der Bauindustrie wird bekannt, daß z.B. in Leipzig Mißstimmung wegen der Nichteinbeziehung von Bauhilfsarbeitern in den Kreis der Schwerarbeiter herrscht, obwohl sie teils zu Schacht- und Maurerarbeit, teils als Stein- und Mörtelträger eingesetzt werden. Im Gegensatz dazu steht wiederum eine Meldung aus Stuttgart, die besagt, daß Mörtelträger Schwerarbeitervergünstigungen bekommen, nicht aber Maurer. Bei den Leipziger Bauarbeitern wird es als Ironie empfunden, daß die Sportstudentinnen sogar die Anerkennung als Schwerarbeiter bekommen haben, wobei man es als gleichgültig betrachtet, ob die Anerkennung durch das Gewerbeaufsichtsam oder durch das zuständige Reichsministerium zustande gekommen ist.

Größte Unzufriedenheit hat die Schwer- und Schwerarbeiterzulagenregelung im Braunkohlenbergbau hervorgerufen. Nach der Handhabung des Bergamtes Zeitz gelten als Schwerarbeiter im Tagebau nur die Gleiskolonnen im Abraum und die Heizer in den Förderlokomotiven. Einzelne Grubeninspektionen haben sich daher zur Einführung der Zwölfstundenschicht entschlossen, da für diesen Fall das Bergamt Zeitz sämtlichen Gefolgschaftsmitgliedern die Eigenschaft als Schwerarbeiter zuerkennen will. Demgegenüber verlautet aus unterrichteten Kreisen, daß die Überstunden bei der Beurteilung der Anträge auf Sonderzulage nicht zu berücksichtigen seien. Von beteiligten Kreisen wird z.T. die Frage aufgeworfen, warum die

DAF als die für die sozialpolitische Betreuung zuständige Organisation bei der Durchführung des Gesetzes nicht beratend hinzugezogen worden sei, da ja die Arbeiter sich letztlich an ihre Betriebsobeleute halten, die ihnen Rede und Antwort stehen müssen.

Aus verschiedenen Gegenden wird über Schwierigkeiten im Einsatz ausländischer Landarbeiter berichtet. So seien besonders die Italiener, Slowaken, Jugoslawen und Bulgaren mit den Arbeitsbedingungen und den Auswirkungen des Bezugsscheinwesens nicht mehr zufrieden. Bulgarische Landarbeiter suchten unter Androhung der Arbeitseinstellung um Lohnerhöhung nach mit der Begründung, daß die durchschnittliche Arbeitszeit überschritten werde und die Lebenshaltung zu teuer geworden sei. - Aus bäuerlichen Kreisen wird mitgeteilt, daß fast sämtliche Unterstützungsanträge von Frauen der im Felde stehenden Kleinbauern abgelehnt worden sind, da nach der bestehenden gesetzlichen Regelung nur dann Beihilfen gezahlt werden, wenn an Stelle des eingezogenen Betriebsführers fremde Hilfskräfte eingestellt werden. Es wird darauf hingewiesen, daß der Betrieb eines Kleinbauern finanziell nicht in der Lage sei, eine Hilfskraft - selbst wenn er sie bekäme - einzusetzen. Von den Betroffenen wird deshalb häufig erklärt, nach Beendigung des Krieges einen anderen Beruf betreiben zu wollen. Allgemein wird daher angeregt, den Sachverhalt auf die Möglichkeit einer zusätzlichen Unterstützung zu überprüfen. Diese Frage scheint bezüglich der drohenden Gefahr der Landflucht besonders wichtig.

Hinsichtlich der Versorgungslage wird hervorgehoben, daß die Butterverratshaltung sich weiterhin günstig entwickelt hat. Während im Vorjahr lediglich 160.000 Doppelzentner eingelagert waren, sind es heute bereits 350.000 dz, die noch auf 400.000 erhöht werden sollen. Es gelang überdies in den letzten Tagen, mehrere skandinavische Schiffe mit 10.000 dz Exportbutter und 10.000 dz Schweinefleisch, die nach England unterwegs waren, aufzubringen. Nach der geplanten Neuregelung werden ab 25.10.39 abwechselnd 100 bzw. 125 g Butter wöchent-

lich je Kopf der Bevölkerung zugeteilt werden. Es wird in diesem Zusammenhang erneut die Forderung erhoben, eine Sonderregelung für die Zuteilung für Kinder zu treffen. Neben den zahlreichen Klagen kinderreicher Familien wird von ärztlicher Seite immer wieder auf die Gefahren hingewiesen, die der Gesundheit der Kinder durch eine allzu knappe Fettzuteilung erwachsen, zumal auch die Kindernährmittel kaum noch zu erhalten seien.

Um den allerorts aufgetretenen Schwierigkeiten in der Lagerung der Fette zu begegnen, hat das Böttcherhandwerk von der zuständigen Reichsstelle den Auftrag erhalten, 750 000 Butterfässer herzustellen. Da die Fässer bereits im Oktober geliefert werden sollen, wird befürchtet, daß die festgesetzte Lieferfrist nicht eingehalten werden kann. Die Schwierigkeiten werden besonders anschaulich, wenn man berücksichtigt, daß das Böttcherhandwerk bisher eine laufende Jahresproduktion von nur 1,500.000 Fässer aufweist.- Besonders aus den ländlichen Gebieten laufen weiterhin Nachrichten über die Gefahr der Stilllegung von kleineren Handwerksbetrieben ein. Die Ursache hierfür wird nicht mehr so sehr in den Einberufungen zur Wehrmacht oder den Dienstverpflichtungen gesehen, sondern in der mangelhaften Rohstoffzuteilung. Hierbei wird insbesondere Eisen erwähnt, da die Kontingentscheine mit der Kennziffer Z an andere Betriebe als "wehrwichtige" nicht mehr abgegeben werden. Die Handwerksorganisationen versuchen, diese Betriebe u.a. durch Verteilung von Stabeisenscheinen zu erhalten. Zu dieser Mangellage wird aus Sachsen berichtet: Das sächsische Handwerk hat nur 200 t Eisen Z-Scheine zur Verfügung, die nur für den allerdringlichsten Bedarf verwendet werden dürfen. Instandsetzungen von Heizanlagen, Kesseln und dergl. in Schulen und Behörden sind nicht möglich, da dafür keine Z-Scheine verwandt werden dürfen. Die Aufrechterhaltung des Schul- und Behördenbetriebes im Winter sei daher gefährdet. (Sächsische Staatskanzlei ist inzwischen bei zuständiger Stelle in Berlin vorstellig geworden).